

M A T E R I A L I E N Z U R S O Z I A L P O L I T I K

D E R S O W J E T U N I O N .

9. Jahrgang.
Lieferung Nr. 41 (439)

O s t w e l t - V e r l a g G. m. b. H.
Berlin SW. 48., Besselstr. 21
Telefon: Dönhoff 7305/07
Berlin, den 20. Oktober 1934.

Inhaltsverzeichnis:

1. Der Kampf gegen das Analphabetentum.	S. 1
2. Die Misstände bei der Lohnauszahlung.	S. 3
3. Zwei Monate ohne Lohnauszahlung.	S. 4
4. Viele Köche verderben den Brei.	S. 4
5. Kein Brot für Arbeiter.	S. 5
6. Die Schule ohne Fensterscheiben.	S. 5
7. Ein Kindergarten ohne Heizmaterial.	S. 6
8. Eine ungerechtfertigte Aussiedelung.	S. 6
9. Misstände in Speisehallen für Studenten.	S. 7
10. Schwierigkeiten beim Getreidetransport.	S. 7
11. "Tote Seelen" im Sowjet.	S. 8
12. Die Dekleidungsindustrie versagt.	S. 9
13. Etwas für Raucher.	S. 10

1. Der Kampf gegen das Analphabetentum.

Zum Kampf gegen das Analphabetentum, der bekanntlich in allen Teilstaaten der Sowjetunion schon seit Jahren geführt wird, hat das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der RSFSR folgende Verfügung erlassen, die im Organ des Bildungskommissariats "S a K o m m u n i s t i t s c h e s k o j e P r o s w e s c h - t s c h e n i j e" (Nr. 237 vom 14. Oktober 1934) veröffentlicht wird:

"In seiner Verordnung über die Liquidierung des Analphabetentums in den autonomen Republiken und Gebieten hat das Präsidium des Zentralerekutivkomitees festgestellt, dass auf Grund der Erfolge des sozialistischen Aufbaues bei gleichzeitiger Durchführung der von Lenin vorgezeichneten Nationalitätenpolitik folgende Sowjetrepubliken bzw. autonomen Gebiete beachtliche Resultate hinsichtlich der Liquidierung des Analphabetentums zu verzeichnen haben:

die Krim, das Tschuwaschen-Gebiet, Karelien und die Sowjetrepublik der Wolgadeutschen, ferner die autonomen Gebiete Nord-Ossetien, Adygej, Kabardinien, Komi, das Mordwinen- und Udmurten-Gebiet. Gleichzeitig aber ist festzustellen, dass der Lehrplan betreffend den Unterricht der des Lesens und Schreibens unkundigen Personen in einer Reihe von Gebieten nur unzulänglich ausgeführt wird, z.B. im Kirgisen-Gebiet, dem Jakuten-Gebiet, in Kara-Kalpak. Es ist dies das Ergebnis einer unzulänglichen Leitung von Seiten der Organe des Volksbildungskommissariats und ungenügender Beteiligung der Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen an dieser Arbeit, was auch auf die Zweiggruppen des Verbandes "Fort mit dem Analphabetentum" zutrifft. Unter Hinweis auf die Beschlüsse des XVII. Parteikongresses über die vollständige Liquidierung des Analphabetentums bis zum Abschluss des zweiten Fünfjahresplanes hat das Präsidium des Zentral-exekutivkomitees nunmehr verfügt, innerhalb der gesamten erwachsenen Bevölkerung die Beseitigung des Analphabetentums bis zum Schluss des Jahres 1935 durchzuführen; in den Sowjetrepubliken der Krim, der Tataren, der Tschuwaschen, der Karelier und der Wolgadeutschen, ferner in den autonomen Gebieten Nord-Ossetien, Adygej, Kabardinien, Komi und dem Gebiet der Mordwinen und Udmurten; in den übrigen autonomen Republiken und Gebieten ist das Analphabetentum im allgemeinen bei den Industriearbeitern, den Arbeitern der Sowjetlandgüter und der Maschinen- und Traktorenstationen sowie bei dem Aktiv der Kollektivbauern bis zum Schluss des Jahres 1935 zu liquidieren. Ferner muss bis zum 1. Mai 1935 bei den der Einberufung zum Dienst in der Roten Armee unterliegenden Personen der Jahrgänge 1913 und 1914 das Analphabetentum beseitigt sein. Dem Zentral-exekutivkomitees und Exekutivkomitees der betreffenden autonomen Republiken und Gebiete wird vorgeschrieben, einen eingehenden Arbeitsplan für die im Kampf zur Beseitigung des Analphabetentums stehenden Bezirke auszuarbeiten, wobei diejenigen Bezirke auszuschalten sind, in denen der Kampf erst bis zum Ende des Jahres 1936 durchzuführen ist. In kulturell rückständigen Bezirken darf die Arbeit zur Beseitigung des Analphabetentums bis zum Schluss des Jahres 1937 ausgedehnt werden. Dem Bildungskommissariat, dem Zentralrat der Gewerkschaften und dem Verbands zur Bekämpfung des Analphabetentums wird vorgeschrieben, nicht später als bis zum 1. März 1935 besondere Lehrkurse einzurichten, in welchen die mit der Bekämpfung des Analphabetentums beauftragten Personen in leitenden Stellungen die notwendigen Instruktionen und Anweisungen erhalten sollen."

2. Die Misstände bei der Lohnauszahlung.

Der "T r u d" (Nr. 239 vom 14.10.34) veröffentlicht folgenden Bericht:

"Der Verband der Arbeiter der ländlichen Industrie, der 1931 aus dem ehemaligen Verbands der Arbeiter der Lebensmittelindustrie entstanden ist, vereinigt bisher die Arbeiter der Tabakindustrie, der Brauereien, der Spiritusindustrie und vieler anderer verschiedenartiger Zweige dieses Arbeitsgebiets. Eine so grosse Zahl verschiedenartiger Industrie- und Arbeitszweige verlangt eine sehr differenzierte Behandlung der einzelnen Unternehmen und der einzelnen Gruppen der Arbeiter je nach der Art ihrer Tätigkeit. Es handelt sich hier um die Frage einer konkreten Leitung, die den untergeordneten Gewerkschaftsorganisationen von Seiten des Zentralkomitees und der mittleren Organisationsglieder des Verbandes zuteil werden muss. Diesen Forderungen kommt aber der Verband nicht in entsprechender Weise nach, wie jetzt durch den Vorsitzenden des Zentralkomitees des Verbandes den Genossen Shukow in einem Bericht auf einer Plenarsitzung dargelegt wurde. Auch fast alle anderen während dieser Sitzung als Redner auftretenden Arbeiter äusserten sich ähnlich. Das Zentralkomitee des Verbandes hat es beim blossen Versuch belassen, eine wirklich eingehende und differenzierte Leitung zu errichten. Ein solcher Versuch wurde mit der Gründung einer Sektion der Tabaksarbeiter gemacht. Tatsächlich aber hat diese Sektion immer nur auf dem Papier gestanden, eine praktische Arbeit irgendwelcher Art wurde nicht geleistet, eine wirkliche Verbindung mit der Arbeiterschaft fehlte. Das Zentralkomitee des Verbandes interessierte sich nur für die Gewerkschaftsorganisationen der Tabaks- und Spiritusindustrie, eine Leitung der Fabrikkomitees anderer Unternehmen gab es nur insoweit, als diese in bestimmten Zeiträumen mit grossen Mengen gedruckter Instruktionen überschüttet wurden. Vor allem wurde in der Plenarsitzung von Arbeitern der Fabrikkomitees einmütig darauf hingewiesen, dass bei den Lohnzahlungen die grössten Missbräuche vorkommen. Der in Kraft befindliche Lohn tariff schafft eine Gleichmachererei und lässt jede Ermunterung zu erhöhter Arbeitsleistung vermissen. Eine Arbeiterin der dritten Kategorie erhält z.B. täglich 4,96 Rbl, wenn sie aber zur Meisterin befördert und in eine höhere Kategorie versetzt wird, so erhält sie plötzlich nur 4 Rbl. 58 Kopeken. Es versteht sich, dass diese Art von Beförderung nicht erstrebt wird. Man kann sagen: das Zentralkomitee des Verbandes versucht seit zwei Jahren die Lohnfragen zu lösen, hat es aber nicht zustande gebracht."

3. Zwei Monate ohne Lohnauszahlung.

Dem "T r u d" (Nr. 238 vom 12.10.34) geht folgende Beschwerde aus Arbeiterkreisen zu:

"Unsere Konfektionsfabrik in Iwanowo besitzt eine eigene Wirtschaft ausserhalb der Stadt. Die Fabrikleitung kümmert sich nicht im geringsten um die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter, die in diesem Wirtschaftsbetrieb tätig sind. Die Arbeiter wohnen dort in einer engen Baracke und schlafen auf dem Fussboden, weil sie weder Matrasen noch Decken erhalten. Die Ernährung der Arbeiter ist geradezu widerwärtig schlecht. Flüssiges Sauerkraut und schlecht zubereitete Kartoffeln bilden das gewöhnliche Menü welches seit zwei Monaten keine Abänderung erfahren hat. Die Auszahlung der Löhne wird systematisch verschleppt. Für die letzten zwei Monate haben die Arbeiter den ihnen zukommenden Lohn noch nicht erhalten. Diese Miswirtschaft ist dem Fabrikkomitee der Konfektionsfabrik und dem Parteikomitee wohl bekannt. Beinahe täglich erinnert irgend einer von den Arbeitern an die Lohnauszahlung und beschwert sich über die Vernachlässigung der Interessen der Arbeiter. Wohlwollende Versprechungen sind das einzige was bisher erreicht werden konnte. Infolgedessen verlassen viele Arbeiter diese Arbeitsstätte."

4. "Viele Köche verderben den Brei."

Die "S o w j e t s k a j a S i b i r j" (Nr. 231 vom 9.10.34) veröffentlicht eine Zuschrift folgenden Inhalts:

"Die Direktion und die Politische Abteilung der Maschinen- und Traktorenstation in Chorochin haben in alle ihnen unterstellten Kollektivwirtschaften zur Ernteeinbringung und Getreideablieferung Bevollmächtigte entsandt. Ihre Zahl ist gross, aber bei ihrer Tätigkeit kommt nichts heraus. Der stellvertretende Chef der Politischen Abteilung Loschkow befindet sich persönlich in der grössten Kollektivwirtschaft, aber gerade diese hat den Ablieferungsplan nur zu 20 % erfüllt. Während der Erntearbeiten wurden 95 Bauern zu Hausarbeiten beurlaubt, Pferde zum Getreidetransport fehlten, da sie zu anderen Zwecken benutzt wurden. Bei einem derartigen Verhalten der Politischen Abteilung ist es kein Wunder, wenn die ihr unterstellten Kollektivwirtschaften hinsichtlich der Getreideablieferung besonders rückständig sind."

5. Kein Brot für Arbeiter.

Der "T r u d" (Nr. 238 vom 12.10.34) erhält von einer Gruppe von Arbeitern der Gorki-Grube im Donezbecken folgende Beschwerde:

"Bei der Versorgung der Arbeiter unserer Grube sind immer wieder systematische Unterbrechungen der Brotausteilung festzustellen. So hat ein Kollektiv von Arbeitern und Angestellten mit insgesamt 125 Mitgliedern im September im Laufe von 19 Tagen überhaupt kein Brot erhalten. An den Tagen aber, wenn Brot geliefert wurde, wurde es zu Kommerzpreisen verkauft, aber nach den normierten Preisen berechnet. Diese "Regelung" ist schon zum System geworden. Eine regelmäßige Belieferung mit Brot hat ganz aufgehört. Auf die Forderungen der Arbeiter wurde die Antwort erteilt, dass sie sich nach Stalino (10 km von der Grube entfernt) begeben möchten, um die Angelegenheit selbst in Ordnung zu bringen. Der Sekretär des Parteikomitees der Arbeiterschaft der Grube Genosse Alechin vermeidet ängstlich alle Gespräche über das Brot. Als man ihn endlich einmal zu einer Unterredung über dieses peinliche Thema bewegen konnte, zeigte er sich als sehr aufmerksamer Zuhörer und versprach eine Untersuchung. Seitdem "schweben Erwägungen", aber die Misstände bei der Brotlieferung haben sich nicht geändert."

6. Die Schule ohne Fensterscheiben.

Die "S a K o m m u n i s t i t s c h e s k o j e P r o s - w e s c h t s c h e n i j e" (Nr. 236 vom 12.10.34) veröffentlicht folgende Zuschrift eines Lehrers:

"In der Schule in Naresinsk im Kursker Gebiet sind alle Fenster mit Brettern verschlagen, da die Fensterscheiben fehlen. Infolgedessen müssen sich die Kinder in den verdunkelten Schulräumen beim Schein von zwei Petroleumlampen beschäftigen. Die Lampen verbreiten so wenig Licht, dass die Schüler kaum sehen können, was der Lehrer auf die Tafel schreibt. Den Bitten der Kinder um bessere Beleuchtung kann der Lehrer zu seinem Bedauern nicht entsprechen. Er hat sich an den Dorfsowjet gewandt, an das Bezirksexekutivkomitee, das Volksbildungsamt - geholfen hat niemand. So leuchten denn die Petroleumlampen in dieser Schule weiter."

7. Ein Kindergarten ohne Heizmaterial.

Die "W e t s c h e r n a j a M o s k w a" (Nr.238 vom 15.10.34) bringt folgende Mitteilung:

"Der Kindergarten in der Spiridonow-Strasse Nr.20 in Moskau ist der Möglichkeit beraubt, sich für den Winter mit Heizmaterial zu versorgen. Die Schuld trägt die Hausverwaltung. Im vorigen Jahr hat sie den Schuppen niederreißen lassen, wo das Brennholz für den Kindergarten aufbewahrt wurde. Sie versprach allerdings den Bau eines neuen Schuppens, ein solcher ist aber bisher nicht gebaut worden. Der Kindergarten muss daher beinahe täglich Brennholz einkaufen. Die häufige Anfuhr von Holz führt natürlich zu sehr fühlbaren Ausgaben, die das Budget des Kindergartens belasten."

8. Eine ungerechtfertigte Aussiedelung.

Die "W e t s c h e r n a j a M o s k w a" (Nr. 235 vom 11.10.34) berichtet:

"Die Organisationen, die den Umbau des Hauses an der Ordynka-Strasse Nr.17 übernommen habe, liessen die Hauseinwohner für die Dauer der Bauarbeiten aussiedeln, mit der Zusicherung, dass sie nach Abschluss der Arbeiten gleichwertige Wohnräume erhalten würden. Die Rückgabe der Wohnräume an die Einwohner wird aber immer wieder verschleppt. Diese Angelegenheit ist bereits am 15. August vor Gericht verhandelt worden. Das Gericht verpflichtete die Bauleitung zur sofortigen Rückgabe der Wohnräume, wobei diese Räume und ihre Inhaber ganz genau bezeichnet wurden. Aber auch dieser Gerichtsbeschluss ist bisher nicht zur Durchführung gekommen. In einigen der betreffenden Wohnungen wohnen Personen, die dazu nicht berechtigt sind. Die Staatsanwaltschaft muss sofort die notwendigen Massnahmen treffen, damit die Entscheidung des Gerichts unverzüglich und in vollem Umfange zur Durchführung gelangt."

9. Misstände in Speisehallen für Studenten.

Die "W e t s c h e r n a j a M o s k w a" (Nr. 235 vom 11.10.34) unterzieht die Zustände in mehreren Moskauer Speisehallen für Studenten einer Kritik:

"Den Gewerkschaftskomitees des Pädagogischen Bubnow-Instituts kann man Geschäftigkeit bei der Fürsorge für die Studenten nicht abstreiten. Das Komitee hält Sitzungen ab. Von Zeit zu Zeit nimmt es Berichte über die Frage der Ernährung der Studenten entgegen. Es prüft die Berichte und natürlich werden auch Beschlüsse gefasst. Gelegentlich sogar sehr strenge. In der Instituts-Zeitung werden in jeder Nummer die Misstände in den Speisehallen scharf gerügt, manches Donnerwetter geht über die Leiter der Speisehallen nieder und dies und jenes. Mit einem Wort, es wird eine scharfe Kannonade gegen die Speisehallen und ihre Miswirtschaft geführt - mit Worten! Aber die Studenten haben davon nichts. Die Speisehallen Nr. 33 und Nr. 34 sind alles andere als gut eingerichtet. Zur Zeit des Frühstücks, des Mittagessens und des Abendessens herrscht dort ein unbeschreibliches Durcheinander, die Studenten sind gezwungen, in Reihen anzustehen und es kommt zu Gedränge und Streitigkeiten. In diesen Speiseanstalten muss der Student für Frühstück, Mittagessen und Abendessen durchschnittlich drei Stunden seiner Zeit vergeuden. Für die stark mit Arbeit belasteten Studenten ist das wirklich ein schwerer Zeitverlust. Dabei wäre es garnicht so schwer, Ordnung in die Sache zu bringen. Im laufenden Jahr sind in das Institut viel mehr Studenten neu aufgenommen worden als im vorigen. Die Speiseräume erweisen sich als zu klein, sie sind immer überfüllt. Dabei ist das Bedienungspersonal nicht vergrößert worden. Etwa 400 Studenten erhalten die Speisen von einer einzigen Angestellten. Hier liegt also die Wurzel des Übels. Aber weder das Gewerkschaftskomitee noch die Institutsverwaltung wollen das sehen."

10. Schwierigkeiten beim Getreidetransport.

In der Sowjetpresse wird mit grosser Besorgnis festgestellt, dass die meisten Eisenbahnen mit dem Abtransport des Getreides nicht fertig werden. Die Kollektivwirtschaften und Sowjetlandgüter haben Millionen to Getreide nach den Eisenbahnstationen gebracht. Der Abtransport dieser grossen Getreidemengen muss beschleunigt durchgeführt werden, da jeder versäumte Tag Verluste zur Folge hat. Die Leistungen der Sowjeteisenbahnen sind aber bedeutend geringer als im Vorjahre. Während im August 1933 von

den Eisenbahnen im Durchschnitt täglich 7 525 Waggons mit Getreide beladen wurden, waren es im August 1934 nur 6 717 Waggons und im September entsprechend nur 6 640 Waggons gegenüber 8 213 im September 1933. Besonders schlecht arbeiten die Sowjetisenbahnen im Zentrum und im Ostteil der Sowjetunion. Infolge ständiger Nichtausführung der Beförderungspläne haben sich auf diesen Bahnen gewaltige Getreidemengen angesammelt, wobei ein bedeutender Teil ungeschützt unter freiem Himmel lagert. Zahlreiche Klagen werden auch über grosse Getreideverluste beim Verladen und Transport des Getreides laut" ("P r a w d a" Nr.297 vom 17.10.34).

11. "Tote Seelen" im Sowjet.

Die "I s w e s t i j a" (Nr.245 vom 19.10.34) enthalten folgenden Bericht:

"Bekanntlich kauft der Held des Gogolschen Romans "Tote Seelen" Tschitschikow solche an, um sie als leben auszugeben. Machow, der Leiter der Sparkasse des Bezirks Tugai in dem Iwanowschen Gebiet machte es umgekehrt: er gab Lebende als tot aus. Seine Operationen pflegte er folgendermassen vorzunehmen. Er stahl im Dorfsowjet Formulare zur Ausstellung von Totenscheinen, füllte sie aus und legte sie den Vorsitzenden der Kollektivwirtschaften zur Unterschrift vor. Es haben sich im Laufe der Zeit genügend einfältige Vorsitende gefunden, die blindlings alles unterschrieben und Machow erhielt dann Versicherungsprämien für angeblich verstorbene Personen. Nachdem er auf diese Weise 8 000 Rbl. gesammelt hatte, verlegte sich Machow auf neue Methoden. Vor dem Vierteljahresabschluss zahlte er in die von ihm verwaltete Sparkasse Summen im Namen von ihm erfundener Personen ein. Dann schickte er triumphierende Berichte über die erfolgreiche Arbeit seiner Sparkasse und "Mobilmachung der Mittel bei Überschreitung der vorgesehenen Pläne" ein. Seine vorgesetzte Stelle konnte sich über diese Erfolge der Kasse von Tugai nicht genug freuen und belohnte den energischen Leiter Machow fünfmal durch Verleihung von Prämien für hervorragende Arbeitsleistung. Die sechste Prämie aber erhielt Machow vom Bezirksgericht von Tugai. Dieses verurteilte ihn auf Grund des Gesetzes über den Raub sozialistischen Eigentums zu zehn Jahren Gefängnis."

Die "I s w e s t i j a" (Nr.243 vom 15.10.34) erhalten von ihrem Berichterstatter aus Swerdlowsk folgende Meldung:

"In den Arbeiterversammlungen hat man mit den Rechenschaftsberichten der Deputierten begonnen. Diese Berichte enthüllen ganz unglaubliche Zustände bei der Arbeit der Deputierten im Sowjet. Beispielsweise ist der Deputierte Verkin, der der Landwirtschaftssektion zugehört ist, erst

kürzlich nach zweijähriger Abwesenheit nach Swerdlowsk zurückgekehrt. Von dieser Abwesenheit hat weder im Stadtsowjet noch in der Sektion jemand etwas bemerkt. In den Listen der Deputierten des Stadtsowjets wird der Arbeiter Schanygin von der Werch-Isset geführt, der längst nicht mehr in Swerdlowsk lebt. Der Leiter der landwirtschaftlichen Sektion des Sowjets Kowatsch ist seit einem halben Jahr aus dem Gesichtskreise des Sowjets verschwunden und erst dieser Tage entdeckte man ihn als Angestellten in einem Institut der Stadt Swerdlowsk. Zum grossen Bfremden der Deputierten werden sie häufig zu Sitzungen von Sektionen geladen, denen sie gar nicht angehören."

18. Die Bekleidungsindustrie versagt.

Die " I s w e s t i j a " (Nr.244 vom 17.10.34) bringen folgende Ausführungen:

"In Moskau, Leningrad, Baku, Rostow und vielen anderen Städten arbeiten jetzt Schneiderwerkstätten, die Einzelbestellungen auf Kleidungsstücke nach Mass entgegennehmen. In vielen Ortschaften werden solche Werkstätten den grossen Fabriken angegliedert. Der Arbeiter erhält also die Möglichkeit, nicht nur Kleider von der Stange zu kaufen, sondern sich solche nach seinem Geschmack anfertigen zu lassen. Aber die Herstellung von Bekleidung nach Mass ist noch ganz ungenügend eingerichtet. Eine Kontrollkommission, die unlängst 70 solche Werkstätten kontrolliert hat, stellte fest, dass ein wirkliches Eingehen auf persönlichen Geschmack noch gar nicht zu bemerken ist. Eine persönliche Bedienung ist nur insofern vorhanden, als man die persönlichen Bestellungen wenigstens entgegennimmt. Dann aber wandern sie in die Fabrik und dort werden die Kleidungsstücke einfach nach der üblichen Schablone angefertigt. Manche Werkstätten nehmen die Bestellungen auch gar nicht an, weil sie sie doch nicht ausführen können. Andere arbeiten durchaus schlecht, verzögern die Ausführung und liefern schliesslich Kleidungsstücke, die den Empfänger nicht befriedigen können. Es ist eben notwendig, die Ausbildung der Arbeiter in den Schneiderwerkstätten für Einzelbestellungen auf ein höheres Niveau zu bringen, und auch den Werkstätten besseres Material zu liefern."

13. Etwas für Raucher.

Die "W e t s c h e r n a j a M o s k w a" (Nr.239 vom 16.10.34) erhält aus ihrem Leserkreise folgende Zuschrift:

"Die Hauptverwaltung der Tabaksindustrie hat in Moskau die Tabakfabriken Nr.1 und Nr.2. Beide verfertigen Zigaretten zum Preise von 65 Kopeken für je 25 Stück. Die Fabrik Nr.1 nennt ihre zu diesem Preise angefertigten Zigaretten "Deli". Auf den Päckchen findet sich der Aufdruck: Zigaretten zweiter Sorte. Die Fabrik Nr.2 stellt Zigaretten unter dem Namen "Sport" her. Auf ihren Päckchen ist zu lesen: Zigaretten dritter Sorte. Diese Zigaretten werden ebenfalls zu 65 Kopeken für je 25 Stück verkauft. Es ergibt sich die Frage: Warum lässt die Hauptverwaltung der Tabaksindustrie die Zigaretten der zweiten und der dritten Sorte für den gleichen Preis verkaufen?"

Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Gerichtsstand: Berlin.

Druck und Verlag: Ostwelt-Verlag G.m.b.H., Berlin.